



**Sozialdemokratische Partei
Männedorf**

Männedorf, 17.11.2024

Medienmitteilung zur Boden-Initiative Männedorf

Die SP Männedorf hat am 13. August 2024 zusammen mit der Mitte-Partei und der Grünen Partei die Einzelinitiative «Boden behalten – Männedorf nachhaltig gestalten» eingereicht. Deren Ziel ist es, ein grundsätzliches Verbot des Verkaufs von Grundstücken im Eigentum der Gemeinde in der Gemeindeordnung festzuschreiben. Die Initiative wurde vom Gemeinderat mit Beschluss vom 6. November 2024 für gültig erklärt und sie kommt am 18. Mai 2025 zur Abstimmung an der Urne.

Die Initiative der drei Männedörflier Parteien sieht ein grundsätzliches Verbot des Verkaufs von Grundstücken im Eigentum der Gemeinde vor. Die Abgabe im Baurecht sowie der Verkauf von Stockwerkeigentum sollen weiterhin möglich sein. Weitere Ausnahmen vom Verkaufsverbot sind vorgesehen bei Grundstücken, deren Fläche 100 m² nicht übersteigt oder beim Verkauf des Grundstücks an den Kanton oder den Bund zur Realisierung von öffentlichen Bauvorhaben. Weiter ist ein Verkauf möglich, wenn es sich um einen Tausch von Grundstücken handelt, bei denen Fläche und Nutzen des veräusserten Grundstücks mit Fläche und Nutzen des zu erwerbenden Grundstücks vergleichbar sind.

Als Begründung führen die drei Ortsparteien unter anderem an, dass die Gemeinde vergleichsweise über wenige Landreserven verfügt, insbesondere in der Bauzone. Was noch vorhanden ist, z.B. Mittelwies, soll nicht verkauft werden. Die Bodenpreise steigen kontinuierlich, ein später nötiger Landkauf würde auf alle Fälle teurer werden, als wenn die Gemeinde die vorhandenen Grundstücke behält oder diese im Baurecht abgibt. Die Bevölkerung wird vermutlich auch in Zukunft zahlenmässig zunehmen, so dass die Gemeinde Platz für künftige öffentliche Bauvorhaben benötigen wird.

Aus klimapolitischer Sicht ergibt das kommunale Bodeneigentum der Gemeinde Handlungsspielräume zur Bekämpfung der negativen Auswirkungen des Klimawandels, z.B. durch die Vergrösserung von Grünflächen auf den eigenen Grundstücken.

Der Gemeinderat überlegt sich, einen Gegenvorschlag zur Initiative auszuarbeiten.